

Antrag 2022/II/Ges/8

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Anpassung der Arbeitsweise des Gemeinsamen Bundesausschusses mit dem Ziel der Verbesserung des Angebots an Psychotherapieplätze für gesetzlich Versicherte

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den Bun-
2 desparteitag beschließen:

3 1. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Rechtslage dahingehend zu ändern,
4 dass

5 a) die Zusammensetzung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zu Gunsten einer stär-
6 keren Einbindung von Patientenvertreter:innen verändert wird sowie

7 b) zur Ermöglichung eines korrigierenden Eingreifens – übergangsweise bis zur Umsetzung von
8 A. - durch das Bundesgesundheitsministerium bei offensichtlichen und durch den G-BA nicht
9 korrigierten Missständen in der Patient:innenversorgung.

10 1. Der Bundesgesundheitsminister und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert,
11 durch geeignete Maßnahmen den durch den G-BA festgelegten Regelversorgungsschlüs-
12 sel mit Psychotherapieplätze für gesetzlich Versicherte auf ein dem aktuellen Bedarf ent-
13 sprechendes Maß anzuheben und regelmäßig dem Bedarf entsprechend anzupassen.

14 Begründung

15 I. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2015 in einem Urteil (1 BvR 2056/12) den Hin-
16 weis gegeben, dass die Zusammensetzung bzw. Arbeitsweise des G-BA möglicherweise
17 verfassungswidrig ist. In Folge wurden durch das Bundesgesundheitsministerium (BMG)
18 2016 drei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um den Regelungsbedarf zu sondieren
19 ([https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/details/gutachten-
20 zur-verfassungsrechtlichen-legitimation-des-gemeinsamen-bundesausschusses.html](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/details/gutachten-zur-verfassungsrechtlichen-legitimation-des-gemeinsamen-bundesausschusses.html)). In
21 allen drei wird – in verschiedenen Abstufungen – ein Regelungsbedarf festgestellt. Die
22 Vorschläge gehen dabei allerdings weit auseinander. Dem Prozess zur umfangreichen
23 Neustrukturierung des G-BA bzw. seines Aufgabenbereiches soll mit diesem Antrag nicht
24 vorgegriffen werden.

25 Eine schleunige Verbesserung der Einflussmöglichkeiten des BMG sowie von Patientenvertre-
26 ter:innen ist allerdings aufgrund eines offensichtlichen Defizits in Bezug auf den An-
27 passungswillen der durch den G-BA erlassenen Regelungen im Patient:innensinne dringend
28 geboten.

29 II. Die derzeitige Wartezeit auf einen Platz für eine Psychotherapie beträgt für gesetzlich Versi-
30 cherte im Schnitt drei bis sechs Monate und ist damit untragbar lang. Die im Zuge der Corona-
31 pandemie gestiegene Anzahl psychischer Erkrankungen verschärft diese Situation zusätzlich.
32 Der G-BA sieht keine Notwendigkeit, die Regularien zur Patient:innenversorgung in diesem Feld
33 anzupassen. Daher halten wir einen regelnden Eingriff durch das BMG für dringend geboten.